



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
März 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Vom Ersten Weltkrieg zum Fall der Mauer

EINE HANDREICHUNG ZU  
DEN GEDENKTAGEN 2014

Dr. Ulrike Hospes



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



**Die Erinnerungskultur ist Teil des deutschen Selbstverständnisses. Die Bundesrepublik nimmt ihre Verantwortung ernst, die sich aus der Vergangenheit ableitet.**

**Im Jahr 2014 gibt es vier Gedenktage von herausragender Bedeutung. Sie sind Marksteine im Verlauf des 20. Jahrhunderts: der Beginn der beiden Weltkriege 1914 und 1939, das Attentat und der Widerstand gegen Adolf Hitler am 20. Juli 1944 sowie der Mauerfall 1989.**

**Nachfolgend werden die Daten und Fakten sowie die Kernthesen der historischen Aufarbeitung dargestellt.**

#### **Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters  
Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
Telefon: +49(0)2241 246 2240  
E-Mail: [hanns.kuesters@kas.de](mailto:hanns.kuesters@kas.de)

Dr. Ulrike Hospes  
Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Abteilung Zeitgeschichte  
Telefon: +49(0)2241 246 2519  
E-Mail: [ulrike.hospes@kas.de](mailto:ulrike.hospes@kas.de)

#### **Postanschrift**

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**



## INHALT

<b>100 Jahre: Beginn des Ersten Weltkriegs (01.08.1914) .....</b>	<b>4</b>
Daten und Fakten .....	4
Kriegsbeginn .....	4
Verlauf .....	4
Ergebnis .....	5
Pro und Contra Kriegsschuldfrage 1914 .....	5
Literatur .....	6
Weiterführende Links.....	6
<b>75 Jahre: Beginn des Zweiten Weltkriegs (01.09.1939) .....</b>	<b>7</b>
Daten und Fakten .....	7
Kriegsziele .....	7
Kriegsbeginn .....	7
Verlauf .....	8
Ergebnis .....	9
8. Mai 1945 – zwischen Befreiung und Zusammenbruch .....	9
Weiterführende Links.....	10
<b>70 Jahre: Widerstand gegen Hitler (20.07.1944) .....</b>	<b>11</b>
Ziele des militärischen Umsturzes („Walküre-Pläne“) .....	11
Enger Kreis der Verschwörer .....	11
Vorgeschichte und Anlass des Attentats .....	11
Verlauf .....	11
Der 20. Juli – Verrat am Führer oder Befreiungsversuch? .....	12
Weiterführende Links.....	12
<b>25 Jahre: Friedliche Revolution und Mauerfall (09.11.1989) ..</b>	<b>13</b>
Chronologie.....	13
Deutschlandpolitik von Konrad Adenauer .....	14
Deutschlandpolitik der Regierung Kohl .....	14
Was führte zur deutschen Einheit? .....	15
Weiterführende Links.....	16
<b>Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung: .....</b>	<b>17</b>
<b>Von der Überwindung der Kriege zu Frieden und Integration</b>	



## 100 Jahre: Beginn des Ersten Weltkriegs (01.08.1914)

### Daten und Fakten

- Dauer: 01.08.1914 – 11.11.1918
- Kriegsgegner zu Beginn: die Entente mit England, Frankreich und Russland, 1915/16 erweitert durch Italien und Rumänien gegen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, denen sich 1915 Bulgarien anschloss
- Am Ende waren etwa 40 Staaten direkt oder indirekt beteiligt, rund 70 Millionen Menschen standen unter Waffen.
- Territoriale Ausdehnung: Europa, Naher Osten, Kolonien in Afrika, Ostasien, Weltmeere.
- Opfer: rund 9 Millionen gefallene Soldaten und 6 Millionen tote Zivilisten.

### Kriegsbeginn

- Grundstimmungen zu Beginn des 20. Jhs.: nationale Sinnkrisen, klassengesellschaftliche Interessengegensätze, hochgerüstete Militärapparate, Rüstungswettlauf der großen Mächte, Demokratisierungstendenzen in der Gesellschaft gegen Herrschaftsansprüche traditioneller Eliten, Schwierigkeiten des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn
- Entstehungsort Balkan – Anlass des Krieges: Mit der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Frau in Sarajevo am 28. Juni 1914 durch serbische Separatisten begann ein sich zuspitzender Prozess, der Anfang August zu wechselseitigen Kriegserklärungen führte.
- „Julikrise“: Die deutsche Reichsleitung drängte die verantwortlichen Stellen in Österreich-Ungarn, mit einem Ultimatum (Forderung nach Bekämpfung der gegen Österreich-Ungarn gerichteten Umtriebe; Bestrafung der Schuldigen des Attentats) und einem damit begründeten Krieg gegen Serbien vorzugehen. Nachdem die Habsburger Monarchie am 23. Juli Serbien tatsächlich ein Ultimatum gestellt hatte, erklärte sie fünf Tage später den Krieg. Das mit Serbien verbündete Russland wurde in Alarmbereitschaft versetzt und machte am 30. Juli mobil. Zwar schien das Deutsche Reich den Krieg verhindern zu wollen, indem es Russland aufforderte, die Mobilmachung zu beenden und

Frankreich zur Neutralität in einem deutsch-russischen Krieg aufforderte, doch erfolgte gleichzeitig am 1. August die deutsche Mobilmachung.

- Diese setzte den „Schlieffenplan“ in Gang: Ein schneller und siegreicher Angriff auf Frankreich und die Einnahme von Paris (unter Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, was wiederum Großbritannien zur Kriegserklärung gegen Deutschland veranlasste) sollte Ruhe an der Westfront schaffen, um dann die Kräfte gegen Russland zu konzentrieren. Das Deutsche Reich ging davon aus, dass die Mobilmachung im technologisch rückständigen Zarenreich länger dauern würde. Doch diese Annahme war falsch; deutsche Truppen mussten frühzeitig in den Osten abgezogen werden. An der Westfront wurden die verbliebenen Truppen gestoppt; Ende 1914 begann der Stellungskrieg in Nordfrankreich und Belgien.
- In der deutschen Innenpolitik ist der Kriegsbeginn vom „Burgfrieden“ geprägt. Alle relevanten politischen Kräfte – inklusive der Sozialdemokraten – bildeten eine nationale Einheitsfront und bewilligten die Kriegskredite. Wilhelm II. am 04.08.1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“

### Verlauf

- Industrialisierte Kriegsführung, völlig neue technische Qualität und Brutalität sowie wachsende Bedeutung von Kriegsmaschinen (Kanonen, Granaten, Maschinengewehre, Flugzeuge, Bomben, Unterseeboote, Panzer). Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur richteten sich an den Bedürfnissen der Kriegsführung aus.
- Am 22.04.1915 erfolgte bei Ypern der erste erfolgreiche Giftgasangriff durch deutsche Truppen (rund 160 Tonnen Chlorgas aus knapp 6.000 Stahlflaschen; 620 bis 1.200 Tote, 3.000 Verwundete). Kriegsentscheidend wurde dieses neue Mittel nicht, aber alle Seiten perfektionierten dessen Einsatz.
- Stellungskriege an der 700km langen Front im Westen; wenige Stellungs-, mehr Bewegungskriege an der Ostfront
- April 1917: Kriegseintritt der USA, in der Folge auch von Südamerika und China



- Die Entente brach mit der beginnenden Revolution in Russland 1917 auseinander. Am 03.03.1918 schlossen Deutschland und Russland den Separatfrieden von Brest-Litowsk.
- Nun konnte sich die Oberste Heeresleitung auf die Frühjahrsoffensiven 1918 konzentrieren. Ein entscheidender Durchbruch wurde jedoch nicht erzielt. Aufgrund der neuen amerikanischen Truppen reichte die Kampfkraft schließlich nicht mehr aus. Auch die verbündeten Armeen von Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgariens brachen zusammen. Die OHL forderte die Reichsleitung Ende September auf, einen Waffenstillstand zu schließen.
- Parallel breitete sich die Revolution im Deutschen Reich aus (29.10.1918 Meuterei der dt. Hochseeflotte in Wilhelmshaven, 07.11. Revolution in München), Arbeiter- und Soldatenräte wurden gebildet.
- 09.11.: Bekanntgabe des Thronverzichts Wilhelms II. und des Kronprinzen, Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann, Übertragung der Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.
- 11.11.1918 Waffenstillstand von Compiègne:
  - Räumung der besetzten Westgebiete und des linken Rheinuferes
  - Aufhebung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest
  - Auslieferung des schweren Kriegsmaterials, der U-Boote.
- 28.06.1919 Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles – der Ort, an dem nach dem dt.-frz. Krieg 1870/71 am 18.01.1871 das Deutsche Kaiserreich ausgerufen wurde.
  - Festsetzung der neuen Grenzen: abgetreten werden Elsass-Lothringen, Posen, Westpreußen, das Hultschiner Ländchen und das Memelgebiet. Danzig wird Freie Stadt. In Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Teilen Ostpreußens und Oberschlesien finden Abstimmungen statt. Das Saargebiet wird 15 Jahre unter Völkerbundverwaltung gestellt, die Kohlengruben fallen an Frankreich.
  - Verzicht auf die Kolonien
  - Überwachung der Abrüstung, Entwaffnung und Überwachung durch interalliierte Kommissionen

- Reparationen aufgrund der alleinigen Zuweisung der Kriegsschuld (Art. 231) – am Ende 269 Milliarden Goldmark, die in 42 Jahren gezahlt werden sollen.

### **Ergebnis**

- Auch wenn dieser in Frankreich und England sogenannte „Große Krieg“ in Deutschland von den Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs überlagert wird, so gilt er heute allgemein als die „Urkatastrophe“ (George F. Kennan) des 20. Jahrhunderts.
- Am Ende blieben Bilder von Schlachtfeldern und Schützengräben, Toten und Verwundeten – und eine neue staatliche Ordnung Europas.
- Aufstieg autoritärer Systeme in Süd-, Ost- und dann Mitteleuropa: Die Monarchien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland wurden gestürzt, das Osmanische Reich brach auseinander. Neue Nationalitätenprobleme und kriegerische Konflikte bestimmten die Politik.
- Beginnende Ablösung der weltpolitischen Vormacht Großbritanniens durch die USA.
- Mit der russischen Revolution und dem Aufbau des Sowjetstaates wurden die Wurzeln für den weltpolitischen Konflikt der Zukunft gelegt.
- Deutschland musste sich dem Frieden von Versailles (von den Gegnern „Schandfrieden“ und „Siegerdiktat“ genannt) und – aufgrund der alleinigen Kriegsschulzuweisung – hohen Reparationszahlungen unterwerfen. Die junge Demokratie der Weimarer Republik war durch Verschwörungstheorien (u.a. „Dolchstoßlegende“) und den späteren finanzpolitischen Zusammenbruch schwer belastet. Am Ende übernahmen die Nationalsozialisten die Macht und führten Deutschland in den Zweiten Weltkrieg. Manche bezeichnen diese beiden Kriege daher zusammen auch als „Dreißigjährigen Krieg“ (R. Aron) des 20. Jahrhunderts.

### **Pro und Contra Kriegsschuldfrage 1914**

Die im Vertrag von Versailles einseitig Deutschland zugeschobene Verantwortung nach der Kriegsschuld war für die Weimarer Republik eine nicht zu schulternde Belastung. Zweifel an der Alleinschuld kamen nicht zuletzt aufgrund der kursierenden „Schlitterthese“ auf: Nach dem viel zitierten Wort des britischen Premiers David Lloyd George seien



die Länder durch die wechselseitigen Bündnisverpflichtungen „in den Krieg hineingeschlittert“. Wie tief diese Frage saß, wurde in den Auseinandersetzungen über deren historische Analyse deutlich. Sie gipfelte in der „Fischer-Kontroverse“ bzw. dem „Historikerstreit“.

In seinem Werk „Griff nach der Weltmacht“ vertrat der Hamburger Historiker Fritz Fischer 1961 die These, die deutsche Regierung habe den Krieg gezielt herbeigeführt. Sprach Fischer selbst auch nie von der Alleinschuld, sondern wies der deutschen Reichsleitung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges zu, so war das Reizwort in der Welt und kratzte an der Wunde des Kriegsschuldparagraphen aus dem Versailler Vertrag. Fischer argumentierte, das Kaiserreich sei nicht in den Krieg „hineingeschlittert“, sondern habe ihn kalkuliert herbeigeführt. Ziel sei die Hegemonie in Europa, schließlich in der Welt gewesen.

50 Jahre später revidiert Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler“ diese These. Auch die Deutschen trügen Schuld am Ersten Weltkrieg – aber nicht mehr als andere. Clark sieht Deutschland vor 1914 nicht als einzigen Störenfried im Mächtekonzert. Michael Epkenhans entgegnet, dass die wichtigsten Entscheidungen in Berlin gefallen seien und Österreicher und Deutsche die Entente testen wollten. Letztendlich sei die Lage entglitten. Herfried Münkler spricht von einer „Fatalismusfalle“, einer self-fulfilling prophecy. Dem Glauben an den Kriegsausbruch folgte das politische Handeln. Die deutschen Niedergangsängste und Einkreisungsobsessionen, ein drohender Zweifrontenkrieg führten zu einer offensiven Militärstrategie (Schließen-Plan).

Eine neue Generation von Historikern spricht sich schließlich dafür aus, die Frage nach der Kriegsschuld ruhen zu lassen (Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber in einem gemeinsam gezeichneten Artikel in der „Welt“).

### **Literatur**

- Clark, C.: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- Fischer, F.: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg i. Ts. 1961.
- Münkler, H.: Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918, 2. Auflage, Berlin 2013.

### **Weiterführende Links**

- [http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Gedenken/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Gedenken/_node.html)
- <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/>
- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk1>
- <http://www.europeana1914-1918.eu/de>



## 75 Jahre: Beginn des Zweiten Weltkriegs (01.09.1939)

### **Daten und Fakten**

- Dauer: 01.09.1939 – 08./09.05.1945
- Kriegsgegner zu Beginn: Deutschland gegen Polen, Großbritannien, Frankreich.  
Im Kriegsverlauf bildeten sich zwei militärische Allianzen, die als Achsenmächte (27.09.1940: Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan) und Alliierte (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) bezeichnet werden. Seit 1943 verließen die europäischen Bündnispartner nach und nach die Allianz mit Deutschland. Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland erklärten ihrerseits dem Deutschen Reich den Krieg. Ihnen gleich taten es im Frühjahr 1945 eine ganze Reihe von neutralen Staaten - darunter sämtliche südamerikanischen Länder sowie Saudi-Arabien, die Türkei oder Syrien. Andere Staaten, wie die Schweiz oder Spanien, beschränkten sich darauf, in den letzten Kriegstagen vor der deutschen Kapitulation am 08.05.1945 ihre diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abubrechen. Direkt oder indirekt waren über 60 Staaten am Krieg beteiligt, über 110 Millionen Menschen standen unter Waffen.
- Territoriale Ausdehnung: Europa, Asien, Pazifik, Atlantik- und U-Bootkrieg
- Opfer: Wie nie zuvor wurde die Zivilbevölkerung Ziel und Opfer des Krieges. Seit 1941 trieb das nationalsozialistische Deutschland die Vernichtung von rund 6 Millionen Juden in den Konzentrationslagern voran.  
Am Ende waren 60 Millionen Menschen tot, Städte und Landschaften zerbombt. Zehn bis zwölf Millionen Deutsche wurden zum Kriegsende aus Osteuropa evakuiert, flohen in Trecks, wurden deportiert oder ausgewiesen.

### **Kriegsziele**

- Vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler sprach Adolf Hitler am 03.02.1933 vor Militärs über die Eroberung von „Lebensraum im Osten“. Doch versteckte er die Expansions- und Lebensraumpläne, die Vernichtung von angeblichen „Rassefeinden“ zunächst hinter der

Fortsetzung der Weimarer Revisionspolitik bzgl. des Versailler Vertragssystems von 1919:

- Veränderung der deutschen Grenzen
- Wiederherstellung deutscher Großmachtpositionen
- koloniale Rückeroberung
- Ziel: zurück zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht.
- ungestrafte Maßnahmen bis Kriegsbeginn:
  - Austritt aus dem Völkerbund (1933)
  - Verstoß gegen die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages
  - Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands (1936)
  - „Anschluss“ Österreichs (1938)
  - Eingliederung des Sudetengebiets (1938)
  - Einmarsch in die Tschechoslowakei (1939)
  - Abschluss eines Nichtangriffspakts mit der Sowjetunion mit geheimer Zusatzvereinbarung zur Aufteilung Polens (1939).
- Ziele der Militärs: Erhaltung bedrohter sozialer Macht- und Einflusspositionen, Aufrüstung, großdeutsche Expansion
- Ziele der Wirtschaft: ökonomische Aufwärtsentwicklung und Gewinnsteigerung durch Rüstungsprogramme, Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes nach Südost- und Osteuropa

### **Kriegsbeginn**

- Nur 21 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs begann mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg.  
„Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“ – so Adolf Hitler im Berliner Reichstag am Vormittag des 01.09.1939.
- Hitler gab den Angriff als Verteidigungsaktion aus; angeblich hatten Polen den Sender Gleiwitz überfallen. Frankreich und Großbritannien forderten den Rückzug der deutschen Soldaten binnen zwei Tagen. Hitler ließ das Ultimatum verstreichen. Es folgte die britische und französische Kriegserklärung vom 03.09. Einige Tage später schlossen sich die Commonwealth-Staaten Australien, Indien und Neuseeland, die Südafrikanische Union und Kanada der britischen Kriegserklärung an.



### Verlauf

- Nach dem „Blitzkrieg“ gegen Polen folgten die Ausbeutung und „Germanisierung“ des Landes. Schon am 22. August 1939 hatte Hitler als Ziel des Feldzuges die Vernichtung Polens genannt.
  - Ende Oktober 1939: Beginn der „Rassen- und Volkstumspolitik“, Deportationen der jüdischen Bevölkerung
  - Ausbeutung: Arbeitskräfte, Nahrungsmittel, Rohstoffe und Maschinen wurden ins Deutsche Reich gebracht, um die deutsche Kriegswirtschaft zu unterstützen.
- 09.04.1940: Überfall auf die neutralen Länder Dänemark und Norwegen
- 10.05.1940: Beginn der Offensive im Westen, nach nur sechs Wochen Zusammenbruch Frankreichs, Beginn der Besatzung
- 05.08.1940: Beginn der Luftangriffe auf England. Es folgte die erste Niederlage für Hitler: Am 17.09. musste unter dem Eindruck der steigenden Verluste der deutschen Luftwaffe die Landung „bis auf weiteres“ verschoben werden
- Ausweitung des Krieges nach Osten:
  - 31.07.1940: Hitler sprach vor seinen Generälen von der „Vernichtung der Lebenskraft Russlands“.
  - März 1941: „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen.“ („Unternehmen Barbarossa“)
  - Ziele: Zerschlagung der UdSSR, Beseitigung der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz“, Eroberung von „Lebensraum“, Ausbeutung der eroberten Gebiete und der dort lebenden Menschen. Der Osten sollte das Deutsche Reich mit Nahrungsmitteln versorgen und „arisch“ besiedelt werden.
  - Der Krieg im Osten radikalisierte den Zweiten Weltkrieg. Er war ein rassenideologischer Raub- und Vernichtungskrieg.
  - April/Mai 1941: Feldzüge gegen Jugoslawien und Griechenland (zur Entlastung Italiens)
  - 22.06.1941: Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion mit 3 Millionen Soldaten. Geplant als weiterer „Blitzfeldzug“ reichten die Waffen und Geräte nur für drei Monate, der Munitionsvorrat nur für zwölf Monate. Vor Einbruch des Winters sollte der Feldzug beendet sein. Anfängliche Raumgewinne endeten jedoch im Oktober/November vor Moskau.
- Sommer 1941: Beschluss des Völkermords an den Juden („Endlösung“), Deportation, Ermordung in Vernichtungslagern.
- Globaler Krieg:
  - 07.12.1941: Angriff japanischer Truppen auf Pearl Harbor
  - 11.12.1941: Kriegserklärung Hitlers an die USA. Damit gab Hitler zu erkennen, dass er trotz des Scheiterns im Osten nicht gewillt war, eine politische Lösung herbeizuführen.
- Systematisierung des Völkermords an den Juden: Nach der „Wannsee-Konferenz“ am 20.01.1942 setzte der NS-Staat alle Mittel ein, um den Völkermord europaweit durchzuführen.
- Sommeroffensive 1942: Wehrmacht am Schwarzen Meer und im Kaukasus. Die Siege führten zu einer Überschätzung der Kräfte. Die Grenzen der militärischen und kriegswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit waren erreicht.
- Herbst 1942 – Wendepunkt des Krieges:
  - Nov: Gegenoffensive der Roten Armee bei Stalingrad
  - Der britische General Bernhard Montgomery brach durch die deutsch-italienischen Stellungen bei El Alamein in Nordafrika.
  - Am 07./08.11. waren englische und amerikanische Truppen an den Küsten Nordafrikas gelandet.
  - Januar/Februar 1943: Fall von Stalingrad
  - Januar 1943: Konferenz von Casablanca Die Anti-Hitler-Koalition fordert die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands. Mit der Entscheidung, zunächst Deutschland niederzuwerfen, rückte der europäische Kontinent wieder in den Blickpunkt des globalen Geschehens.
  - 18.02.1943: Propagandaminister Joseph Goebbels ruft zum „Totalen Krieg“ auf
  - Heimatfront: Verstärkung der alliierten Flächenbombardements auf dt. Städte
  - Südfront: Kapitulation der deutschen und italienischen Verbände in Afrika bzw. der Landung der Alliierten in Italien im Sommer 1943.
  - 25.07.1943: Absetzung Mussolinis.



- Ostfront: Im August 1944 waren die deutschen Truppen auf die Ausgangsstellung von 1941 zurückgedrängt.
- Westfront: 06.06.1944 Landung der Westalliierten in der Normandie, Befreiung Frankreichs im Spätsommer/Herbst 1944
- Okt. 1944: Eroberung Aachens als erster deutscher Großstadt
- Januar 1945: sowjetische Winteroffensive an der gesamten Ostfront zwischen Memel und Karpaten
- Wintermonate 1944/45: Beginn der Massenflicht der deutschen Zivilbevölkerung aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern und Schlesien
- 30.04.1945: Selbstmord Adolf Hitlers
- 08./09.05.1945: bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht in Reims und Karlshorst
- 06./09.08.1945: Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA, um den Krieg mit Japan zu beenden

### **Ergebnis**

- Die industrielle Kriegsführung des Ersten Weltkriegs wurde perfektioniert. Neue Entwicklungen in der Rüstungsindustrie ermöglichten einen flächendeckenden Luftkrieg und die Bombardierung von Großstädten. Nicht nur die Soldaten, auch die Zivilbevölkerung wurde gezielt als Opfer ausgewählt.
- Neue Weltordnung:
  - Untergang der zwölfjährigen NS-Herrschaft; statt „neuen Lebensraum im Osten“ zu erschließen, wurden große Teile deutscher Gebiete im Osten unter polnische Verwaltung gestellt. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen geteilt.
  - Deutschland, Italien und Japan schieden aus dem Kreis der militärischen Großmächte aus.
  - Die Kolonialreiche der westeuropäischen Staaten (Frankreich, Niederlande, Großbritannien) zerfielen.
  - Europa und die Welt waren in zwei Lager geteilt – der Ost-West-Konflikt war bis fast zum Ende des 20. Jahrhunderts das bestimmende Strukturmerkmal der Weltpolitik.
- Millionen Flüchtlinge, Ausgebombte und Kriegswaisen suchten eine neue Heimat

- zerstörte Dörfer, Städte, Infrastrukturen und Versorgungseinrichtungen; Wohnraummangel, Versorgungsschwierigkeiten sowie Seuchen und Hungersnöte

### **8. Mai 1945 – zwischen Befreiung und Zusammenbruch**

Wie gingen die Deutschen mit dem 8. Mai und der an ihn gebundenen Aufarbeitung des Nationalsozialismus um? Auf der Seite der Alliierten Russland, Großbritannien und Frankreich haben sich jährliche Gedenkfeiern ausgebildet. Doch wie positionieren sich die Verlierer zwischen nationaler Niederlage und politischem Neuanfang?

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich die Schuldfrage beim Zweiten Weltkrieg nicht. Die Aggressionspolitik Hitlers war eindeutig. Die militärischen Kriegshandlungen des Zweiten Weltkriegs – mit Ausnahme Stalingrads – waren nicht Teil der öffentlichen Diskussion. Die Erinnerung konzentrierte sich auf die Auswirkungen des Bombenkriegs, die zerstörten Städte, Flucht und Vertreibung, Kriegsgefangene. Die historische Aufarbeitung fragte nach den Ursachen und Verantwortlichen für das nationalsozialistische Regime. Insbesondere die „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 und der Untergang der Weimarer Republik standen am Anfang der Zeitgeschichtsforschung in den 1950er Jahren.

Der Massenmord an den europäischen Juden erlangte erst in den 1960er Jahren öffentliche Aufmerksamkeit. Der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess (1958) und die Frankfurter Auschwitz-Prozesse (1963–1968) boten einer jüngeren Generation den Anlass, die „unbewältigte Vergangenheit“ nach Mitläufern, Mitwissern und Verantwortlichen zu hinterfragen. Spätestens mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ Ende 1979 brannten sich die Bilder der Verbrechen in die Gedächtnisse ein. Die abstrakten Todeszahlen bekamen Gesichter. Die Geschichte des Nationalsozialismus war seit den 1980er Jahren fast vollständig identisch mit der Geschichte der Judenvernichtung.

40 Jahre nach Kriegsende, am 8. Mai 1985, beantwortete Bundespräsident Richard von Weizsäcker



die Frage nach der Bewertung des Kriegsendes: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. (...) Es gab keine ‚Stunde Null‘, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt, so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt. (...) wir dürfen uns der Entwicklung dieser vierzig Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart und für die ungelösten Aufgaben, die auf uns warten, nutzen.“ Weizsäcker vergaß nicht das Leid, das für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begann, verortete die Ursachen für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit jedoch ganz klar am 30. Januar 1933. Mit dieser Sichtweise hatte die historisch-politische Kultur der Bundesrepublik einen Paradigmenwechsel vollzogen. Die Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen wurde Teil der deutschen Erinnerungskultur und des historischen Selbstverständnisses. Am 3. Januar 1996 legte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ fest.

Der in den 1980/90er Jahren erreichte Deutungskonsens ermöglichte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem neuen Blick nach Osten eine erneute Zuwendung zur deutschen Opfererinnerung, zur Geschichte der Bombenopfer, Flüchtlinge, Vertriebenen, Kriegskinder – ohne Schuldaufrichtung oder Relativierung, aber doch mit Respekt vor jedem individuellen Schicksal. Hierfür stehen u.a. Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ über die Schiffskatastrophe der „Wilhelm Gustloff“ und Jörg Friedrichs Buch „Der Brand“ über den Luftkrieg gegen Deutschland. Auch das Zentrum gegen Vertreibungen ermöglicht – bei aller Kritik und aller internationalen Herangehensweise – die Erinnerung an das Leid von 15 Millionen vertriebenen Deutschen. Viele biographische Kapitel fanden – nicht zuletzt mit Reisen in die alte Heimat – einen versöhnlichen Abschluss. Dass die Schatten der Vergangenheit weiterhin verantwortungsbewusste politische Diskussionen herbeiführen, zeigt die Schaffung eines „Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapferkeit“, das im Juli 2009 im Rahmen des Af-

ghanistan-Einsatzes zum ersten Mal verliehen wurde. Der Ordenskult des Dritten Reiches darf nicht die Anerkennung der für die Bundeswehr gefährlicher gewordenen Einsätze schmälern.

#### **Weiterführende Links**

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/index.html>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/168072/1-september-1939-beginn-des-zweiten-weltkriegs>
- <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/>



## 70 Jahre: Widerstand gegen Hitler (20.07.1944)

### **Ziele des militärischen Umsturzes („Walküre-Pläne“)**

- Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft und des Krieges
- Übernahme der militärischen Befehlsgewalt und der Regierungsverantwortung
- Schaffung einer demokratischen Regierung in Deutschland, jedoch unterschiedliche Auffassungen über künftiges Staatsmodell

### **Enger Kreis der Verschwörer**

- heterogene Gruppe ziviler und militärischer Oppositioneller, unter ihnen Generäle, Offiziere sowie Verwaltungsbeamte. Viele von ihnen hatten Kontakte zum Kreisauer Kreis, der Widerstandsgruppe um Helmuth James Graf von Moltke.
- An den „Walküre-Plänen“ arbeiteten
  - Generaloberst Ludwig Beck (Kopf des militärischen Widerstands)
  - General Friedrich Olbricht
  - Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim
  - Generalmajor Henning von Tresckow
  - Carl Friedrich Goerdeler (Kopf des zivilen Widerstands)
- Die Gruppe knüpfte ein Netz an Vertrauensleuten in Wehrkreisen, wichtigen Ämtern und in den Berliner Schaltstellen der Macht. Auch der Entwurf einer Regierungserklärung, die von Beck als provisorischem Staatsoberhaupt und Goerdeler als Kanzler unterzeichnet werden sollte, war bereits ausgearbeitet.
- Der Attentäter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907-44)
  - Offizier der deutschen Wehrmacht
  - zunächst kein Gegner des NS-Regimes, bejahte den Gedanken des Führertums und die Volksgemeinschaft
  - ab September 1942 beim aktiven Widerstand
  - Gründe: Massenmorde an Juden, hohe Verluste der Wehrmacht in Russland, brutale Behandlung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten
  - 1943 wurde Stauffenberg zum Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres berufen

und erhielt Gelegenheit, an Lagebesprechungen bei Hitler teilzunehmen. Anfang Juli 1944 beschloss er, das Attentat bei einer Lagebesprechung in der „Wolfsschanze“ selbst auszuführen.

### **Vorgeschichte und Anlass des Attentats**

Angesichts der aggressiven Außenpolitik Hitlers regte sich 1937/38 Opposition in Militärkreisen (u.a. Generaloberst Ludwig Beck, Admiral Wilhelm Canaris, Oberstleutnant Hans Oster, General Erwin von Witzleben). Attentats- und Umsturzversuche mussten abgesagt oder verschoben werden oder schlugen fehl. Auch das Verständnis in der Wehrmacht hätte aufgrund der anfänglichen „Blitzkriege“ und Siege gefehlt. Nach Kriegsbeginn waren die oppositionellen Möglichkeiten von Offizieren erheblich eingeschränkt, da es patriotische Pflicht war, sich für den Sieg einzusetzen und Zweifel an Hitlers Politik zurückzustellen. Ständig begleitete die Offiziere der innere Zwiespalt, ob Tyrannenmord trotz Gehorsampflicht erlaubt sei. Die Stimmung unter den Soldaten kippte erst mit der Niederlage von Stalingrad Anfang 1943. Die über allem stehende soldatische Pflichterfüllung geriet ins Wanken. Im Sommer 1944 war die militärische Lage aussichtslos: In der Normandie waren die Alliierten gelandet, die Ostfront war in der Mitte zusammengebrochen. Machte ein Umsturzversuch nun überhaupt noch Sinn? Oberst von Stauffenberg wollte dieses moralische Zeichen setzen. Generalmajor von Tresckow wollte der Welt zeigen, dass die deutsche Widerstandsbewegung den „entscheidenden Wurf“ gewagt hat.

### **Verlauf**

Am Mittag des 20. Juli 1944 verübte Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg zusammen mit seinem Adjutanten Werner von Haeften im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ einen Sprengstoffanschlag auf Adolf Hitler. Doch das Attentat schlug fehl; Hitler überlebte leicht verletzt. Gegen 23 Uhr erklärte der Befehlshaber des Ersatzheeres Generaloberst Friedrich Fromm die Verschwörer in Berlin für verhaftet und verkündete unverzüglich Todesurteile wegen Hochverrats. Friedrich Olbricht, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften wurden noch in der Nacht zum 21. Juli 1944 im Hof des Bendlerblocks



erschossen. Dem ebenfalls dort anwesenden Generaloberst Ludwig Beck war kurz zuvor „ehrenhalber“ ein Revolver überreicht worden. Henning von Tresckow nahm sich später an der Ostfront das Leben.

Parallel zu den Ereignissen in Berlin versuchten die Verschwörer um General Carl Heinrich von Stülpnagel (Militärbefehlshaber in Frankreich) in Paris den Umsturz herbeizuführen. Als sich der Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Hans Günther von Kluge, verweigerte, waren auch dort die Pläne gescheitert. Stülpnagel wurde nach einem gescheiterten Selbstmordversuch solange in einem Krankenhaus gepflegt, bis er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt werden konnte.

Die Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Widerständler ging in den darauffolgenden Wochen weiter. Die Gestapo nahm tausende Regimegegner fest. Anfang August begannen die Prozesse vor dem „Volksgerichtshof“; viele von ihnen wurden zum Tode verurteilt.

### ***Der 20. Juli – Verrat am Führer oder Befreiungsversuch?***

Nach dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg hatte Hitler die Ämter des Reichskanzlers und des Staatsoberhauptes auf sich vereinigt und wurde damit auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Insbesondere die personalisierte Eidesleistung der Wehrmachtssoldaten auf Adolf Hitler seit dem 2. August 1934 stellte die Offiziere vor erhebliche Legitimationsprobleme. Doch am 20. Juli 1944 wagten Angehörige der Wehrmacht den Versuch, der verbrecherischen Diktatur ein Ende zu bereiten und das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen. Dieses Ziel wurde höher bewertet als das Treuegelöbnis.

Bis auch die deutsche Nachkriegsgesellschaft diese geschichtspolitische Einordnung der Widerstandsgruppe um Stauffenberg derart beurteilte, war es ein langer Weg. Die NS-Propaganda wirkte nach; der Umsturzversuch wurde als Vaterlandsverrat und Eidbruch einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Offiziere angesehen, die ihren eigenen Ruf in letzter Minute retten wollte.

Erst als die zeitgeschichtliche Forschung in den 1960er Jahren die Motivlage der Widerstandskämpfer herausarbeitete, gelang die Rehabilitation. Nunmehr galten die ehemaligen Verschwörer als Ausdruck für ein „anderes Deutschland“.

Die Kritiker vergaßen nicht zu betonen, dass die Widerstandskämpfer keine geborenen Gegner des NS-Regimes waren und ihre Vorstellung einer Nachkriegsordnung keinesfalls auf demokratisch-freiheitlichen Grundsätzen beruhte. Doch sind die Akteure des 20. Juli nach heutigen Maßstäben zu beurteilen, zu verurteilen? Erst wenn sie im historischen Kontext betrachtet werden, erst wenn ihre Entscheidungen zwischen Bomben und Gestapo, Kooperation und Konfrontation, Gehorsam und Widerspruch angesiedelt werden, erst dann wird ihre Leistung zur damaligen Zeit deutlich: Sie standen über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg für den antitotalitären Grundkonsens und den Bezug zum christlichen Menschenbild, das eine Antwort auf die geistigen Trümmer der NS-Herrschaft sein sollte.

Die Bundeswehr sieht sich in der Verpflichtung des 20. Juli. An diesem Tag legen Soldaten der Bundeswehr ihr feierliches Gelöbnis ab – seit 2012 im Bendlerblock, dem heutigen Berliner Dienstsitz des Verteidigungsministeriums.

### ***Weiterführende Links***

- <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/widerstand/attentat>
- <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/141288/20-juli-1944-attentat-auf-adolf-hitler>
- Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Bendlerblock): <http://www.gdw-berlin.de/>
- KAS-Themenseite 20. Juli 1944: [http://www.kas.de/wf/de/21.85/Widerstand im Nationalsozialismus:](http://www.kas.de/wf/de/21.85/Widerstand%20im%20Nationalsozialismus) <http://www.kas.de/wf/de/71.8752/>



## 25 Jahre: Friedliche Revolution und Mauerfall (09.11.1989)

### Chronologie

1961

13.08. Bau der Mauer

1989

5./6.02. Letzte Todesschüsse an der Mauer

02.05. Abbau der österreichisch-ungarischen Grenze

07.05. Fälschung der Kommunalwahlen, DDR

19.08. „Paneuropäisches Picknick“

04.09. Mit dem Beginn der Montagedemonstrationen in Leipzig wird der Unmut der DDR-Bürger auch auf der Straße sichtbar. Sie fordern die Durchsetzung von Menschen- und Freiheitsrechten, mehr Reisefreiheit und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Protestwelle greift auf andere Städte in der DDR über; die politische Führung gerät unter Druck, verspricht Reformen.

10.09. Grenzöffnung für DDR-Bürger in Ungarn

17.10. Absetzung Erich Honeckers

09.11. Günter Schabowski, Sprecher des SED-Zentralkomitees, verliest am Abend auf einer Pressekonferenz eine Erklärung zur neuen Reiseverordnung. Ohne „besondere Voraussetzungen“ werden demnach kurzfristig Reisen ins Ausland genehmigt. Diese Meldung lässt die Menschen zu den Grenzübergangsstellen strömen. Kurz nach 23 Uhr kapitulieren an der Bornholmer Straße die Grenzposten und lassen passieren. Faktisch ist die Mauer damit nach 28 Jahren gefallen, die politischen Regelungen folgen.

28.11. Helmut Kohl nimmt mit seinem Zehn-Punkte-Plan die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, eingebettet in die gesamteuropäische Entwicklung, in die Hand.

19.12. Bundeskanzler Kohl besucht Dresden und führt Gespräche mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow. In seiner Rede vor der Ruine der Frauenkirche bekennt er sich zur deutschen Einheit als politischem Ziel.

1990

15.01. Sturm auf die Normannenstraße: Demonstranten stürmen die Zentrale der ehemaligen Staatssicherheit der DDR in Berlin, um die Vernichtung der Akten zu verhindern.

10.02. Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow in Moskau, wird die Zusicherung gegeben, dass die UdSSR einer Wiedervereinigung Deutschlands nichts im Weg steht.

18.03. Volkskammerwahl

Bei den ersten freien Wahlen erreicht die „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und DA mit 48,15% der Stimmen einen überwältigenden Sieg, dabei erringt die CDU allein 40,82%.

05.05. Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

Treffen der Außenminister der vier Siegermächte des 2. Weltkrieges sowie der deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Markus Meckel in Bonn; es geht vor allem um die außenpolitische Absicherung des deutschen Einigungsprozesses.

01.07. Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten

23.08. Die Volkskammer beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit „den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3.10.1990“.

31.08. Unterzeichnung des Einigungsvertrags im Kronprinzenpalais in Berlin durch die Verhandlungsführer, den Parlamentarischen Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, Günther Krause (CDU), und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU)

12.09. Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau durch die Außenminister der Vier Mächte sowie die Außenminister der Bundesrepublik und der DDR



- 03.10. Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes
- 02.12. Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl seit 1933: CDU/CSU erreichen 43,8%, die SPD 33,5% und die FDP 11% der Stimmen. Die bundesdeutschen Grünen scheitern mit 4,8% an der 5%-Hürde. Im Wahlgebiet Ost erreichen das Bündnis 90/Grüne 6 % und die PDS 11,1 Prozent. Aufgrund der separaten Fünfprozentklausel im geänderten Bundeswahlgesetz sind sie damit im Bundestag vertreten.
- 1991
- 15.03. Mit dem formalen Abschluss des „Zwei-plus-Vier“-Abkommens ist das vereinte Deutschland auch formal ein souveräner Staat.

### ***Deutschlandpolitik von Konrad Adenauer***

Von 1949 an zielte die Politik Konrad Adenauers darauf, Deutschlands Existenz gegen sowjetische Expansionsabsichten zu sichern. Zugleich wollte er die parlamentarische Demokratie stärken und die christlichen Werte des Abendlandes bewahren. Beide waren durch die kommunistische Unterdrückung und Gewaltherrschaft in Osteuropa und der DDR bedroht. Durch Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft sollte die junge Demokratie gefestigt, Sicherheit im Inneren garantiert und das deutsche Volk davon abgehalten werden, sich in nationalistische Abenteuer zu stürzen. Das galt umso mehr für ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland, das Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sein sollte – so legte es der Deutschlandvertrag von 1955 fest.

Strikt wehrten sich CDU und CSU in den 1950er Jahren gegen Bestrebungen von SPD und Teilen der FDP, um der nationalen Einheit willen ein wiedervereinigtes, aber neutrales Deutschland den Freiheiten westlicher Demokratie vorzuziehen. Dem angeblich unlösbaren Widerspruch von Westintegration und Wiedervereinigung begegnete Adenauer mit der politisch richtigen, aber damals keineswegs populären Behauptung, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit komme nur auf dem

Wege über die europäische Integration zustande. Er lehnte daher die Stalin-Note vom März 1952 ab. Im Gegensatz zu anderen war Adenauer nicht gewillt, den geforderten Preis für die Entspannung zu entrichten, nämlich die De-facto-Anerkennung der DDR. Adenauer vertraute darauf, dass auch die Menschen in kommunistischen Diktaturen nicht dauerhaft Unterdrückung hinnehmen werden, sondern nach Freiheit streben.

Eine weitere Grundvoraussetzung für die Union und ihre christdemokratischen Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger und Kohl waren freie Wahlen für alle Deutschen. Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 befolgten alle Christdemokraten das Prinzip: ohne Freiheit keine Einheit.

### ***Deutschlandpolitik der Regierung Kohl***

Die Zeit der großen deutschland- und ostpolitischen Kontroversen war beim Amtsantritt der Regierung Kohl vorbei. Die von der sozialliberalen Koalition Anfang der 1970er Jahre mit den Ostverträgen und dem Grundlagenvertrag begonnene Politik des Dialogs, der Vertrauensbildung und der Verständigungsbereitschaft wurde fortgesetzt. Neuerungen sind jedoch unverkennbar. Die wieder aufgenommenen „Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ waren gekennzeichnet durch das ausdrückliche Bekenntnis zur „Einheit der Nation“ und zum Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes.

Seit der Rede von SED-Generalsekretär Erich Honecker am 13. Oktober 1980 in Gera verlangte die DDR die Anerkennung der eigenen Staatsbürgerschaft, die Verschiebung des Grenzverlaufs an der Elbe zu ihren Gunsten, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter. Helmut Kohl und die CDU lehnten diese Forderungen kategorisch ab, weil damit die Einheit der Nation staatsrechtlich beseitigt worden wäre. Große Teile der SPD hingegen standen diesen Forderungen aufgeschlossen gegenüber. 1984 sprach sich die SPD-Bundestagsfraktion für die Auflösung der Erfassungsstelle aus. Ende der 1980er Jahre strichen Oskar Lafontaine, Johannes Rau und weitere SPD-Ministerpräsidenten die jährlichen Zuschüsse ihrer



Länder an die Erfassungsstelle. Für Gerhard Schröder war es „selbstverständlich, die DDR-Staatsbürgerschaft zu respektieren“.

Im Oktober 1982, bei Übernahme des Kanzleramtes, benannte Helmut Kohl drei zentrale Ziele: die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Vertiefung der europäischen Integration und die Wiedervereinigung. Europapolitik und Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Vollendung der nationalen Einheit in freier Selbstbestimmung wurden als zwei Seiten derselben Medaille behandelt. Gegenüber der DDR ging es darum, die Beziehungen „auf der Basis von Ausgewogenheit, Vertragstreue und Berechenbarkeit und mit dem Ziel praktischer, für die Menschen unmittelbar nützlicher Ergebnisse weiterzuentwickeln“ (Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 1984). Allerdings legte der Kanzler im Gegensatz zur sozialliberalen Vorgängerregierung den Akzent darauf, jede finanzielle Leistung der Bundesrepublik von der DDR mit Erleichterungen im humanitären Bereich honorieren zu lassen.

- o So bürgte die Bundesrepublik Deutschland 1984 für einen ersten Milliardenkredit, den die DDR bei bundesdeutschen Banken aufnahm. Im Gegenzug hob Ost-Berlin den Zwangsumtausch bei Reisen von Jugendlichen bis zu 14 Jahren auf. Zugleich wurde mit dem Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze begonnen. Die Anwendung der Todesstrafe in der DDR wurde reduziert. Weitere Zugeständnisse bei der Familienzusammenführung, beim Reiseverkehr und auf dem Gebiet der Kultur- und Umweltpolitik folgten.
- o 1987 besuchte der Staatsratsvorsitzende der DDR und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, die Bundesrepublik Deutschland. Eine Gratwanderung: Honecker wurde in Bonn mit protokollarischen Ehren empfangen, doch beim Staatsessen in der Godesberger Redoute am 7. September betonte Helmut Kohl die prinzipiellen Auffassungsunterschiede in der Deutschen Frage. Eine diplomatische Anerkennung der SED-Diktatur war dieser Besuch nicht, wohl aber eine Aufwertung der DDR. Der Preis für diesen außenpolitischen Erfolg Honeckers war jedoch hoch: Die als Gegenleistung eingeforderte Erlaubnis für hunderttausende DDR-Bürger,

in den Westen zu reisen, brachte die Teilung wieder stärker ins Bewusstsein. Der Vergleich zwischen den Lebensumständen in beiden Teilen Deutschlands ging zu Ungunsten des Arbeiter- und Bauernstaates aus.

In Bonn erkannte man, dass die SED-Führung durch den Reformkurs in der Sowjetunion in immer ärgere Bedrängnis geriet. Man vermied aber, Öl ins Feuer zu gießen. Unter anderem verzichtete man auf intensive Kontakte zu Oppositionellen in der DDR. Die Bundesregierung war daran interessiert, das einmal Erreichte in den deutsch-deutschen Beziehungen zu erhalten.

Während Bundeskanzler Kohl versuchte, die Folgen der deutschen Teilung zu lindern, verständigten sich SPD und SED am 27. August 1987 auf ein gemeinsames Papier, das die Systemunterschiede bei Menschenbild und Grundwerten relativierte und die Existenzberechtigung der DDR anerkannte: „Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft.“ Die Unionsparteien äußern scharfe Kritik an dieser Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Sie bauten auf den langfristigen Wandel in der Sowjetunion, ohne deren Zustimmung ein Ende der Teilung nicht erreichbar war. Höhepunkte waren der Besuch Kohls in der Sowjetunion vom 24. bis 27. Oktober 1988 und der Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989.

### **Was führte zur deutschen Einheit?**

Adenauers Politik der Westintegration folgte zu Beginn der 1970er Jahre die sogenannte „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt. Sie fand in den Verträgen von Moskau und Warschau sowie im Grundlagenvertrag mit der DDR ihren Ausdruck, war innenpolitisch höchst umstritten und heftig umkämpft. Letztlich stellte sie vor allem das Bemühen dar, den sich seit dem Ende der 1950er rasant verändernden internationalen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Durch den Widerspruch der Oppositionsparteien CDU und CSU wurde die Regierung gedrängt, in den Verhandlungen mit Moskau das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung und die Möglichkeit einer friedlichen Revision der Nachkriegsgrenzen härter zu verteidigen. Auch das Bundesverfassungsgericht stellte unmissverständlich fest, dass der Vertrag nicht als



Teilungsvertrag interpretiert und die DDR nicht völkerrechtlich – also als Ausland – anerkannt werden dürfe.

Mit dem nötigen zeitlichen Abstand kommt der Historiker Peter Graf Kielmannsegg zu einem abgewogenen Urteil über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt. So habe „die Bundesrepublik ein wichtiges Stück außenpolitischer Handlungs- und Bewegungsfreiheit gewonnen“, weil sie „nicht mehr gegen den Strom der Entspannungspolitik zu schwimmen“ brauchte, in Ostmitteleuropa politisch aktiv werden konnte und nicht mehr „die Last des Kampfes gegen die Anerkennung der DDR“ mit sich herumschleppte. „Nicht dass man sich mit Moskau und Ost-Berlin vertraglich arrangierte“, sei das Problem der Ostpolitik gewesen, „sondern dass man in den siebziger und achtziger Jahren weithin vergaß, mit wem man sich da eingelassen hatte (...) Der große moralische Gestus, mit dem die Ostpolitik sich als Friedenspolitik legitimierte, hat dem Realitätssinn, der Klarheit des Urteils, auch dem Urteilsmut im Umgang mit den kommunistischen Diktaturen und Diktatoren nicht gutgetan. Das macht die Ambivalenz dieser Politik aus.“

Im Sommer 1989 begann mit der Massenflucht von DDR-Bürgern nach Ungarn die „Abstimmung mit den Füßen“. Die Montagsdemonstrationen erhöhten im Herbst den Druck auf die politische Führung der DDR. Den Anstoß gab die Bürgerbewegung, flankiert von den internationalen Veränderungen im Ostblock, von Glasnost und Perestroika. Auch wenn die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik in den 40 Jahren der Teilung das Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit nicht erreichte, so trug sie doch dazu bei, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten nicht völlig verblasste. Darauf konnte die Regierung Kohl bauen, als sie nach einer vorübergehenden Phase des Abwartens im November/Dezember 1989 viel politischen Instinkt, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungskraft bewies. So konnte die deutsche Einheit schneller wiederhergestellt werden, als viele sich das nach vier Jahrzehnten Teilung noch vorzustellen vermochten.

Verschiedene Grundvoraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung waren seit der Regierung Adenauer geschaffen worden:

- Die deutsche Regierung war international anerkannter Partner, brachte das Ziel der Wiedervereinigung mit den Interessen der westlichen Verbündeten in Einklang.
- Deutschland blieb Mitglied des westlichen Bündnissystems und behielt nach dem erneuten Verzicht auf ABC-Waffen, den Adenauer schon 1954 ausgesprochen und Kohl 1990 wiederholt hatte, und der Reduzierung konventioneller Streitkräfte praktisch den Status der Nichtangriffsfähigkeit.
- Der Föderalismus in Deutschland garantierte weiterhin eine Machtdezentralisierung.
- Die Deutschen hatten die Werte der westlichen Demokratien verinnerlicht und zur Grundlage ihres politischen Handelns gemacht.

#### **Weiterführende Links**

- Wiedervereinigung/Mauerfall:  
<http://www.kas.de/wf/de/21.104/>  
<http://www.helmut-kohl.de/mauerfall.html>  
<http://www.hdg.de/lemo/html/DieDeutscheEinheit/DerFallDerMauer>  
<http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/friedl-rev-dts-einheit-4499.html>  
[http://www.freiheit-und-einheit.de/Webs/Einheit/DE/Startseite/startseite\\_node.html](http://www.freiheit-und-einheit.de/Webs/Einheit/DE/Startseite/startseite_node.html)
- Chronik der Mauer  
<http://www.chronik-der-mauer.de>  
<http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/mauerbau-1651.html>
- Deutschlandpolitik  
<http://www.kas.de/wf/de/71.8809/>  
<http://www.konrad-adenauer.de/stichwo/deutschlandpolitik/wiedervereinigung/>  
[http://www.helmut-kohl.de/deutschlandpolitik\\_der\\_regierun.html](http://www.helmut-kohl.de/deutschlandpolitik_der_regierun.html)



## **Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung: Von der Überwindung der Kriege zu Frieden und Integration**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verbindet ihre Arbeit auf dem Gebiet der Zeitgeschichte mit dem Ziel, die Identifikation der Bürger mit der demokratischen Staatsform der Bundesrepublik zu stärken. Die Kenntnis der Geschichte, zumindest der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, ist unabdingbare Voraussetzung, um den Stellenwert von Demokratie in der deutschen Geschichte würdigen zu können. Neben der historischen Analyse der Hintergründe, des Verlaufs und der Auswirkungen singulärer nationalgeschichtlicher (Groß-) Ereignisse rückt zunehmend die europäische Perspektive in den Mittelpunkt.

War in Deutschland die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg lange Zeit vom Zweiten Weltkrieg, der nationalsozialistischen Diktatur und dem Holocaust sowie der bedingungslosen Kapitulation überlagert, so wendet sich der Blick derzeit erneut der „Urkatastrophe“ bzw. „La Grande Guerre“ und „The Great War“ zu. Die Traumata und deren Überwindung in Friedensprozessen sind wichtige Ausgangspunkte für eine gemeinsame europäische Erinnerung und Verständigung.

Mit Veranstaltungen, Print- und Online-Publikationen nimmt die KAS historische Gedenktage zum Anlass, um nach den Folgen und Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu fragen. Welche Erinnerungskultur existiert in Deutschland, in den europäischen Ländern? Gab es Veränderungen im Laufe der Jahrzehnte? Welche Ansätze, Möglichkeiten und Wege gibt es zur Herausbildung einer gesamteuropäischen Erinnerungskultur? Welche Bedeutung hat eine solche für das Zusammenleben im vereinten Europa?

- **Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur**
- **Frieden in Europa durch Integration und Zusammenarbeit**

„Aus der Katastrophe der Kriege zur europäischen Einigung“ – der Titel der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 5. Januar 2014 auf dem Petersberg umreißt die Position der Stiftung bzgl. des Umgangs mit den Gedenktagen in diesem Jahr. Nicht die singuläre Betrachtung der vier historischen Ereignisse ist Ziel der KAS, sondern die Lehre aus dieser Geschichte: der Bau Europas – vom Beginn des Ersten Weltkriegs über die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Diktatur, aber auch dem Aufstand des Gewissens bis zum Fall des „Eisernen Vorhangs“ zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges. Die Betrachtung verharrt nicht bei der völligen Zerstörung Europas, sondern wendet den Blick auf den Wiederaufbau, Neubau und Umbau Europas. Doch nicht die Sichtweise eines „dunklen“ Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und eines „hellen“ in der zweiten Hälfte bildet hierfür die Grundlage. Bestrebungen in der europäischen Zusammenarbeit gab es z.B. zwischen Deutschland und Frankreich bereits zwischen den beiden Weltkriegen, und der Kalte Krieg lässt die Geschichte Europas auch nicht in Gänze „hell“ erstrahlen. Festzuhalten bleibt aber, dass Europa einst die Antwort auf Krieg und Vernichtung war, heute jedoch ein anderes Wort für Frieden ist – mit all den aktuellen Herausforderungen und Krisen, die es zu bewältigen gilt.

Dem tiefen Abgrund nach 1945 folgten gewaltige Anstrengungen und ein Umdenken, das zur Grundlage eines friedlichen, freiheitlichen und demokratischen Europas wurde. Hierfür stehen Gründerväter wie Robert Schuman, Jean Monnet, Alcide de Gasperi und natürlich Konrad Adenauer. Aus den sechs Ländern der Montanunion 1951 wurde bis heute eine Gemeinschaft mit 28 Mitgliedsstaaten, über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und einer gemeinsamen Währung in 18 Ländern.



- **Freiheitswille der Menschen**
- **Europäische Verständigungspolitik als durchgängiges Moment in Krisenzeiten**

Auch der Mauerfall war kein rein deutsches, sondern ein europäisches Ereignis, gar eine europäische Zäsur ersten Ranges. Der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa, der Zerfall der Sowjetunion, die friedlichen Revolutionen, schließlich die Öffnung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten und die Integration der ehemaligen Ost-Block-Staaten eröffneten neue Perspektiven in der politischen Zusammenarbeit. Auf Deutschland bezogen ist festzustellen, dass 1990 erstmals alle Länder Europas – insbesondere die Nachbarn – mit der Rolle Deutschlands einverstanden waren. Als verankertes Mitglied der europäischen und atlantischen Bündnisse ging von dem Land in der Mitte Europas keine Gefahr mehr aus.

2014 begehen wir bereits den 10. Jahrestag der EU-Osterweiterung. Am 1. Mai 2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern Mitglied der Europäischen Union. Wer hätte diese Entwicklungen am 1. August 1914 voraussehen können?

- **Wirtschaftliche Prosperität**
- **Kein Extremismus – weder von links noch von rechts**

So stark wie nie zuvor in seiner über 2000-jährigen Geschichte hat sich der Kontinent Europa in den vergangenen 100 Jahren verändert. Krieg, Zerstörung und Unterdrückung, Erbfeindschaften und Revisionen wurden überwunden. Aber haben wir heute wirklich eine heile Welt in Europa? Nein, wir haben einen festen Grund, eine gemeinsame Wertebasis. Die drei grundlegenden Entscheidungen in der Politik Konrad Adenauers – Aufbau der Demokratie, Einbindung in die Gemeinschaft der freien Völker und Einführung der Sozialen Marktwirtschaft – gelten nach wie vor. Alle drei Prinzipien sind aber in diesen Tagen nicht unumstritten. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen und Parteien lässt nach; Renationalisierungstendenzen und Misstrauen in den europäischen Einigungsprozess gefährden die Einbindung

in die westliche Wertegemeinschaft; die Finanz- und Wirtschaftskrise darf die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber neoliberalen Ansätzen und Staatswirtschaft nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Europa steht also vor neuen Herausforderungen. Doch wenn man sich den langen Weg anschaut, den Europa von der „Urkatastrophe“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute zurückgelegt hat, dann steht klar vor Augen, warum sich dessen Fortsetzung lohnt.

#### **Europa muss erhalten bleiben**

- **als Zentrum von Demokratie,**
- **von Technologie und Zukunft,**
- **von Prosperität und Sozialer Marktwirtschaft,**
- **als Kulturgemeinschaft mit der Devise Einheit in Vielfalt.**